

NEWSLETTER

Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

das sich zum Ende neigende Jahr war und ist geprägt von der Ausbreitung des Corona-Virus. Nachdem es zum Sommer hin gelang, die Infektionszahlen auf ein kontrollierbares Niveau zu senken, stiegen diese mit Beginn der kälteren Jahreszeit erneut an und erreichen gegenwärtig noch immer ein Rekordhoch. Die Einschränkungen, die notwendig sind, um das Virus erneut auf ein erträgliches Maß zu reduzieren, betreffen alle Menschen in unserem Land auf unterschiedliche Weise. Mit den zahlreichen Überbrückungshilfen für unterschiedliche Unternehmen, Kulturschaffende und Soloselbständige unterstützt der Bund die Wirtschaft darin, die im Zuge der Einschränkungen und temporären Schließungen entstehenden Verluste zu kompensieren. Auch im Bildungsbereich gab und gibt es massive Einschränkungen. Die zeitweise Schließung von Kindertagesstätten und Schulen und der immer notwendiger werdende Wechsel- und Distanzunterricht verlangen Eltern, Kindern und Jugendlichen einiges ab.

Mit der Aufstockung des Digitalpakt Schule durch ein Sofortausstattungsprogramm unterstützt die Große Koalition Schulen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler bei der Anschaffung und Nutzung digitaler Endgeräte, die unabdingbar sind, um auch von Zuhause aus am Unterricht teilzunehmen. Um jeder Schule, jeder Schülerin und jedem Schüler einen Internetzugang zu gewährleisten, wurde eine entsprechende Vereinbarung zum Beispiel mit der Telekom getroffen. Mit der Überbrückungshilfe für Studierende, die auf Druck der SPD im November reaktiviert wurde, unterstützen wir darüber hinaus Studierende, die sich aufgrund der Pandemie in einer finanziellen Notsituation befinden. Gleichzeitig bestärken uns die Erkenntnisse aus den Ablehnungsbescheiden darin, dass eine grundsätzliche Reform des BAföG unabdingbar ist, um allen Menschen, die es wollen, ein Studium zu ermöglichen. Die von der SPD erkämpften Prämien für Unternehmen, die in dieser schwierigen Lage Ausbildungsplätze bereitstellen, helfen sowohl die berufliche Zukunft junger Menschen zu sichern als auch dem Fachkräftemangel weiter entschieden entgegenzutreten.

Über weitere Errungenschaften, Entwicklungen und Maßnahmen in den Bereichen Bildung und Forschung informieren wir Sie gerne in diesem Newsletter.

Ich wünsche Ihnen im Namen der gesamten Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion besinnliche Weihnachtsfeiertage, kommen Sie gut ins neue Jahr und vor allem: bleiben Sie gesund!

Mit freundlichen Grüßen



Oliver Kaczmarek, MdB

Sprecher der AG Bildung und Forschung

IMPRESSUM

HERAUSGEBER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, AG BILDUNG UND FORSCHUNG
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN
TELEFON (030) 227-57236 E-MAIL AGBILDUNG@SPDFRAKTION.DE



01. Bildung in der digitalen Welt - Update Schule in Corona-Zeiten

Der Schulalltag hat sich gerade in diesem Jahr erheblich verändert. Durch den Wechsel zwischen Präsenz- und Unterricht von zu Hause legen digital unterstütztes Lehren und Lernen immer mehr an Bedeutung zu. Aus diesem Grund hat die Große Koalition folgende Initiativen zum bereits bestehenden DigitalPakt Schule beschlossen:

- Entbürokratisierung Digitalpakt: Schulträger bzw. Schulen können nun schneller Fördermittel beantragen und erhalten, da der DigitalPakt so verändert wurde, dass die für die Antragstellung geforderten Medienkonzepte nachgereicht werden können.
- Zusatzvereinbarung „Sofortausstattungsprogramm“: Nachdem während der ersten Corona-Welle deutlich wurde, dass einige Schülerinnen und Schüler weder über Tablets noch Laptops verfügten, stellte der Bund Mittel für Leihgeräte bereit. Diese sind inzwischen nahezu verausgabt und die Geräte größtenteils bei den Schülerinnen und Schülern.
- Zusatzvereinbarung „Systemadministration“: Für diese Zusatzvereinbarung wurden weitere 500 Mio. Euro bereitgestellt. Damit unterstützt der Bund die Länder beim Aufbau von IT-Beratungsstrukturen.
- Zusatzvereinbarung „Leihgeräte für Lehrkräfte“: 500 Mio. Euro sollen in die Ausstattung von Laptops für Lehrkräfte fließen. Denn die Mehrheit der Lehrkräfte muss derzeit noch immer auf ihre privaten Laptops oder Tablets zurückgreifen. Dies ist vor allem datenschutzrechtlich ein großes Problem.
- Kompetenzzentren für digitale Bildung: Darüber hinaus sollen sogenannte Kompetenzzentren für digitale Bildung zur Unterstützung der Aus- und Fortbildung von LehrerInnen aufgebaut werden. Eine von BMBF und KMK eingerichtete Arbeitsgruppe auf Staatssekretärebene erarbeitet aktuell die Ausgestaltung.
- Nationale Bildungsplattform: Da es in den Bundesländern nach wie vor noch sehr viele unterschiedliche digitale Bildungsangebote gibt, soll eine Nationale Bildungsplattform geschaffen werden. Damit sollen vorhandene Strukturen miteinander vernetzt und einheitliche Qualitätsstandards geschaffen werden.
- Internetanbindung der Schulen: Bund und Länder wollen noch in dieser Legislaturperiode alle Gewerbegebiete, Schulen und Krankenhäuser an das Gigabit-Netz anschließen. Wir erwarten, dass das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und die Länder dem jetzt schnell nachkommen.
- Lüftungsanlagen Schulen: Mit 500 Mio. Euro setzt das Bundeswirtschaftsministerium Mittel für die Schaffung von raumluftechnischen (RLT) Anlagen in öffentlichen Gebäuden und Versammlungsstätten ein. Schulen können davon profitieren, wenn sie bereits über eine feste Lüftungsanlage verfügen.
- Open-Educational-Resources-Strategie: In den Haushaltsberatungen 2021 wurden die Mittel für die sogenannte Open Educational Resources - kurz genannt OER-Strategie - zur Förderung von freien, offen lizenzierten Bildungsmedien auf insgesamt 12 Mio. Euro aufgestockt. Neben der Förderung von OER-Materialien steht für uns hier ein Nutzerfeedback und eine Qualitätssicherung im Vordergrund.

02. Neuauflage der Überbrückungshilfe für Studierende

Studierende wurden schwer von der Corona-Pandemie getroffen, da bei vielen die Nebeneinkünfte weggebrochen sind. In der ersten Phase der Überbrückungshilfe (Juni bis September 2020) stellte der Bund einen sogenannten Nothilfe-Fonds für Studierende in Höhe von 100 Mio. Euro zur Verfügung.

Aufgrund des stetig ansteigenden Infektionsgeschehens hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Überbrückungshilfe für Studierende seit dem 20. November - und auf Drängen der SPD-Bundestagsfraktion - bis zum Ende des Wintersemesters 2020/2021 wiedereingesetzt. Dafür hat der Deutsche Bundestag 145 Mio. Euro für den Haushalt 2021 bereitgestellt. Die Umsetzung erfolgt weiterhin durch die örtli-

chen Studentenwerke an den Hochschulen. Doch gegenüber der ersten Überbrückungshilfe wurde die Antragsstellung jetzt erleichtert:

- Die pandemiebedingte Notlage kann nun auch durch eine Selbsterklärung erbracht werden, wenn die pandemiebedingte Kündigung des bisherigen Arbeitsverhältnisses oder die geforderten zwei schriftlichen Ablehnungen von mindestens zwei Stellenbewerbungen nicht erbracht werden können.
- Es müssen nur noch die Kontoauszüge vom Vormonat sowie vom laufenden Monat bis zum Vortag der Antragstellung hochgeladen werden, nicht mehr die Kontoauszüge seit Februar.

03. Antrag Bildung, Innovation und Digitalisierung - zentrale Bausteine für eine nachhaltige Entwicklung

Bildung, Innovation und Digitalisierung sind für eine nachhaltige Entwicklung von zentraler Bedeutung. Sozialer Aufstieg und ein selbstbestimmtes Leben sind erst durch gleiche Bildungschancen sowie den Ausbau neuer Technologien möglich. Damit das Ziel erreicht werden kann, haben die Koalitionsfraktionen den [Antrag](#) „Bildung, Innovation und Digitalisierung - zentrale Bausteine für eine nachhaltige Entwicklung“ im Deutschen Bundestag eingebracht.

Darin wollen wir u.a. die gleiche Teilhabe an Bildungschancen stärken - unabhängig von Herkunft, Geschlecht, religiöser und sexueller Orientierung, körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen oder sozialem Status -, das UNESCO-Programm „Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ umsetzen, Hürden für nachhaltige Innovationen zum Beispiel bei der Künstlichen Intelligenz (KI) oder der Quantentechnologie abbauen, den 5G-Ausbau in Deutschland weiter voranbringen und die bereits beschlossene Wasserstoff-Strategie mit europäischen Initiativen verknüpfen.

04. Enquete-Kommission KI hat ihren Bericht vorgelegt

Künstliche Intelligenz (KI) ist weder Fluch noch Segen - und doch werden sowohl Hoffnungen also auch Ängste damit verbunden. Die smarte Nutzung von Daten bietet viele Chancen und hoffnungsvolle Ansätze. Gleichzeitig sorgen sich viele Menschen beispielsweise um ihren Arbeitsplatz und fragen sich, ob sie bald durch eine Maschine ersetzt werden könnten.

Im Deutschen Bundestag stand das Thema KI gut zwei Jahre im Zentrum der wissenschaftlichen und politischen Debatte einer Enquete-Kommission. Seit Ende Oktober liegt dazu nun der knapp 800 Seiten starke Abschlussbericht vor. Die 38 Mitglieder der Kommission haben debattiert, analysiert und manchmal auch gestritten: Wie ist die Zukunft mit KI zu gestalten? Welche politischen, sozialen, rechtlichen und ethischen Leitplanken sind sinnvoll? Wie viel Regulierung bedarf es und wie vermeiden wir den Missbrauch der Technologie bzw. der verwendeten Daten? Herausgekommen sind differenzierte Handlungsempfehlungen für das Parlament.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist die durch KI veränderte Arbeitswelt ein zentraler Aspekt in der Diskussion. Tätigkeiten werden durch KI erleichtert, können sicherer und präziser ausgeführt werden. KI wird eine ganze Reihe von neuen Berufsfeldern schaffen und bestehende ergänzen. Es wird aber auch Bereiche geben, in denen die Technik den Menschen ersetzt. Hier ist es wichtig, dass wir für betroffene Menschen Weiterbildungsangebote schaffen und Perspektiven eröffnen. Klar ist, dass wir mehr Forschung zu den Auswirkungen von KI auf den Arbeitsmarkt benötigen. Es bedarf außerdem einer breiten gesellschaftlichen und politischen Diskussion darüber, wie die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme aussieht. Auch die betriebliche Mitbestimmung bekommt im Lichte von Künstlicher Intelligenz ganz neue Facetten. Die Teilhabe der Beschäftigten bleibt für uns auch unter veränderten Bedingungen unverzichtbar.

05. Ergebnisse der Haushaltsberatungen 2021

In den Haushaltsberatungen für das Jahr 2021 wurden mit einem Rekordansatz von fast 21 Milliarden Euro hohe Investitionen in Bildung und Forschung getätigt. Dabei wurden insbesondere Mittel bereitgestellt, um Auszubildenden und Studierenden während der Corona-Pandemie unter die Arme zu greifen. So wurde die Mittel zur Fortführung des Nothilfefonds für Studierende, die sich wegen wegbrechender Nebenjobs durch die Corona-Pandemie ihren Lebensunterhalt nicht mehr sichern können, beschlossen. Zum anderen wurden die Ausbildungsprämien, die aktuell Unternehmen erhalten können, wenn sie trotz Corona-Pandemie ausbilden oder sogar Azubis aus insolventen Unternehmen übernehmen, für das kommende Jahr verlängert.

Weitere wichtige Vorhaben der Bundesregierung in den Haushaltsberatungen wurden auf unsere Initiative hin mit mehr Mitteln ausgestattet: die Alphabetisierung, die Wissenschaftskommunikation, die Erforschung der gesellschaftlichen Auswirkungen der Pandemie und die Gesundheitsforschung inklusive der Entwicklung von Therapeutika gegen Covid19. Gleichzeitig stellen wir weitere Mittel für digitale Lehr- und Lernmaterialien, den Aufbau der nationalen Bildungsplattform und Kompetenzzentren für digitale Bildung bereit. Gerade im Bereich des digitalen Lehrens und Lernens hat der Bund seit der Corona-Pandemie massiv auf Drängen der SPD-Bundestagsfraktion investiert.

Abschließend hat der Deutsche Bundestag klar gemacht, dass er eine stärkere Einbindung bei Verhandlungen von Bund-Länder-Vereinbarungen einfordert. Als Haushaltsgesetzgeber ist der Deutsche Bundestag bei diesen Vereinbarungen einzubeziehen.

06. Politische Bildung und Demokratieförderung in Deutschland

Gerade die steigenden Zahlen extremistischer Kriminalität in Deutschland und die jüngsten Anschläge in Halle und Hanau zeigen deutlich, dass Rassismus und Rechtsextremismus ein gesamtgesellschaftliches Problem bilden und unser aller Handeln fordert. Deshalb muss die Demokratie strukturell auf kommunaler, Länder- sowie Bundesebene verankert werden - u.a. durch Aufnahme der Demokratieförderung als Staatsziel in Bundes- und Landesverfassungen sowie durch Einführung eines Demokratiefördergesetzes und die Stärkung der politischen Bildung allgemein.

Zur Flankierung dieser Aufgaben hat die SPD-Bundestagsfraktion ein [Positionspapier](#) mit dem Titel „Politische Bildung und Demokratieförderung in Deutschland“ beschlossen. Darin enthalten sind folgende Forderungen:

- die Stärkung der lebensbegleitenden politischen Bildung,
- die Stärkung der politischen Bildung im Kindes- und Jugendalter,
- die Stärkung der politischen Bildung in Ausbildung und Universität,
- die Stärkung des politischen Lernens im Berufsumfeld,
- die Stärkung der Demokratie,
- die Stärkung der Extremismusprävention,
- die Stärkung der politischen Bildung für die Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden und
- die Stärkung der Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen in Krisenzeiten.

07. Fachgespräch zur Alphabetisierung und Grundbildung

6,2 Millionen Menschen in Deutschland können nicht richtig lesen oder schreiben. Diese Zahl muss uns stutzig machen, denn es ist eine Grundaufgabe der Politik, allen gleichermaßen den Zugang zu Bildungsangeboten zu ermöglichen. Warum klappt das nicht ausreichend?

Viele Personen, die nicht richtig lesen oder schreiben können, trauen sich nicht darüber zu sprechen. Oft weiß nicht einmal die Kernfamilie oder der Arbeitgeber darüber Bescheid. Gehandelt wird oft erst, wenn der Leidensdruck zu groß wird - zum Beispiel, wenn man seinem Kind etwas vorlesen will, aber nicht kann.

Die Anstrengungen gegen den Analphabetismus in Deutschland fristen zudem ein Nischendasein. Und dass, obwohl es sogar eine „Nationale Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung“ in Deutschland gibt. Diese bündelt alle Maßnahmen von Bund, Ländern sowie Dekade-Partnern und fördert Pilotprojekte. Für 10 Jahre stehen dafür von Seiten des Bundes 180 Millionen Euro bereit.

Da die Alpha-Dekade in der „Halbzeit“ steht, hat die AG Bildung und Forschung beschlossen, ein Fachgespräch mit allen an der Alpha-Dekade beteiligten Partnern zu organisieren. Wir wollten wissen, wie die Dekade weiterentwickelt werden kann, damit Hilfen auch wirklich dort ankommen und angenommen werden können, wo sie gebraucht werden. Auf Grundlage dieser Diskussion in dem Fachgespräch hat die SPD-Bundestagsfraktion ein [Positionspapier](#) entwickelt und darin politische Handlungsfelder identifiziert, wie Bildungsteilhabe von Menschen mit niedrigem Literalitätsniveau im Rahmen der Alpha-Dekade gestärkt werden kann. Dies hat sich auch in den diesjährigen Haushaltsberatungen niedergeschlagen. Der SPD ist es zu verdanken, dass im kommenden Jahr 3 Millionen Euro zusätzlich den Dekade-Partnern zur Verfügung stehen.

08. Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion zur Zukunft des Wissenschaftssystems

Am 10. November thematisierte die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung die Zukunft der Wissenschaftspolitik. In der laufenden Wahlperiode wurden zentrale Weichen gestellt, die das Wissenschaftssystem für das kommende Jahrzehnt prägen werden. Mit dem Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“, dem Pakt für Forschung und Innovation und der Vereinbarung zu Innovationen in der Hochschullehre steigt der Bund in die Grundfinanzierung der Hochschulen ein und schafft verlässliche Rahmenbedingungen für die Forschungslandschaft. Für die kommenden Jahre wird es nun darauf ankommen, die guten Rahmenbedingungen zu nutzen, damit der Innovationsschub im Wissenschaftssystem spürbar wird.

Deswegen wurden in der Konferenz fünf Themenfelder näher beleuchtet. Im ersten Workshop diskutierte René Röspel MdB gemeinsam mit der DFG-Präsidentin Prof. Dr. Katja Becker, Dr. Steffi Ober und Prof. Dr. Bernd Rech die Zukunft der Forschungslandschaft in Deutschland. Dabei wurde insbesondere thematisiert, dass die Wissenschaftskommunikation gestärkt werden soll, um die Gesellschaft stärker einzubinden, die Digitalisierung in der Wissenschaft weiter vorangetrieben soll und dass verlässliche Finanzierungsbedingungen entscheidend sind.

In einem zweiten Workshop stand die Internationalisierung im Fokus. Karamba Diaby MdB sprach mit Michelle Müntefering MdB, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, dem Präsidenten der Alexander von Humboldt Stiftung Prof. Dr. Hans-Christian Pape, Nadia Galina vom Bundesverband ausländischer Studierender, Prof. Dr. Jörg Bagdahn von der Hochschule Anhalt und Ulla Schmidt MdB der Obfrau im Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Dabei wurde angesprochen, dass die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sich zur Wissenschaftsdiplomatie weiter entwickeln wird, Strukturen für den internationalen Austausch weiter gestärkt werden sollen und dass für internationale Studierende gute Rahmenbedingungen vorgehalten werden sollen.

In einem dritten Workshop zur Qualität der Hochschullehre diskutierte Ernst-Dieter Rossmann MdB mit der HRK-Vizepräsidentin für Lehre und Studium Prof. Dr. Carola Jungwirth, Dr. Cornelia Raue von der Stiftung Innovationen in der Hochschullehre und Lukas Thum von den Juso-Hochschulgruppen. Im Fokus standen dabei folgende Themen: Hochschulen bleiben auch als Orte der Präsenzlehre essentiell, aber gleichzeitig sollen die Innovationen in der digitalen Lehre sinnvoll verstetigt werden. Ebenso wurden Qualitätsfragen der Lehre und die Qualifizierung des Lehrpersonals besprochen.

In einem vierten Workshop thematisierte Wiebke Esdar MdB gemeinsam mit Anneliese Niehoff vom bukoF-Vorstand und Leiterin des Referats Chancengleichheit / Antidiskriminierung der Universität Bremen, Dr. Freya Gassmann von der Universität des Saarlandes und dem Präsidenten der Universität Potsdam Prof. Oliver Günther, Ph.D. die Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen. Hierbei wurde diskutiert, dass wissenschaftliche Karrieren besser planbar sein sollen, gute Arbeitsbedingungen auch in der Hochschule wichtig sind, die Zahl von Befristungen reduziert werden soll und der Gleichstellung weiter hohe Aufmerksamkeit gewidmet

werden soll.

In einem fünften Workshop wurde der Themenkomplex Innovationen durch Forschung und Entwicklung von Markus Paschke MdB thematisiert. Seine Gesprächspartner waren: Prof. Dr. Marcus Baumann, Rektor FH Aachen & Vorsitzender HochschulenNRW, Prof. Dr. Jens Südekum von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und Prof. Dr. Ralf B. Wehrspohn, Vorstand Fraunhofer-Gesellschaft für Technologiemarketing & Geschäftsmodelle. Im Zentrum der Diskussion stand dabei, dass wir eine offene Wissensinfrastruktur brauchen, die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen stärker in den Blick genommen und dass soziale Innovationen besser gefördert werden sollen.

09. Bildungspolitischer Kongress der SPD-Bundestagsfraktion und der Juso-Hochschulgruppen

„Welche Verantwortung hat Wissenschaft?“ lautete der diesjährige Titel des gemeinsamen bildungspolitischen Kongresses der SPD-Bundestagsfraktion und der Juso-Hochschulgruppen, der traditionell alle 2 Jahre stattfindet. Im pandemischen Jahr 2020 kam er erstmals in rein digitalem Format als digitaler Bildungsmonat unter dem Hashtag [#BiMo20](#) zu Stande. Verschiedene Online-Diskussionen mit PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und gesellschaftlichen AkteurInnen, weitere Videoformate, Postings in den sozialen Medien und Debatten mit den UserInnen waren Gegenstand des vierwöchigen Bildungsmonats.

Danach wurden als Ergebnis sechs Thesen entwickelt:

1. Verantwortung der Wissenschaft bedeutet, dass sich rechtes Gedankengut nicht unter dem Deckmantel der Wissenschaftsfreiheit ausbreiten darf!
2. Verantwortung der Wissenschaft bedeutet, kritische Forschung überall zu garantieren!
3. Verantwortung der Wissenschaft bedeutet, dass Forschung und Lehre politisch sein müssen!
4. Verantwortung der Wissenschaft bedeutet, auch jedem und jeder den Zugang dazu zu gewähren!
5. Verantwortung der Wissenschaft bedeutet, dass Frauen auch endlich in Verantwortungspositionen kommen!
6. Verantwortung der Wissenschaft bedeutet, zur Lösung der brennenden Fragen unserer Zeit beizutragen!

10. Den ersten Bildungsort Familie stärken

Während der Corona-Pandemie haben sich bestehende soziale Unterschiede zwischen Schülerinnen und Schülern neu gezeigt. Die digitale Spaltung hat sich vertieft. In Phasen des Unterrichts zu Hause trifft Schule auf völlig unterschiedliche Voraussetzungen und Lernumgebungen in den Elternhäusern. Jedes Kind hat seine eigene Geschichte, es verdient aber die gleichen Bildungschancen und einen guten Start.

Die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung hat deshalb einen digitalen Workshop unter dem Motto „Aus Armut darf nicht Bildungsarmut werden“ ausgerichtet. Mit Expertinnen und Experten aus der Praxis und der Wissenschaft wurde diskutiert, was die bestimmenden Faktoren in Deutschland für die Entstehung von Bildungsarmut bei Kindern und Jugendlichen sind. Wir wollen insbesondere die Fragen klären, welche Strategien hier der Bund zur Bekämpfung von Bildungsarmut ergreifen kann, um zur Reduzierung von Bildungsarmut beizutragen. Wie können beispielsweise Kita, Schule und außerschulische Bildung bei der Bekämpfung von Bildungsarmut unterstützt werden? Inwieweit können hier digitale Instrumente genutzt werden? Auf Grundlage dieser Diskussion wollen wir konkrete Leitlinien für unsere künftige Bildungspolitik entwickeln.

11. Fachgespräch zur Impfstoffforschung SarsCoV-2

Die Entwicklung eines geeigneten Impfstoffs gegen das Corona-Virus ist mit großen Hoffnungen verbunden. Mit der Impfung rückt ein Ende der pandemischen Lage näher. Die Bundesregierung fördert mit Sonderprogrammen die Entwicklung eines Impfstoffs auf internationaler Ebene ebenso wie in Deutschland selbst. In einem fraktionsoffenen Fachgespräch hat sich die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung ein Bild aus erster Hand verschafft. Gemeinsam mit Prof. Dr. Carlos A. Guzmán vom Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung und mit Dr. Franz-Werner Haas dem CEO der CureVac AG, konnten spannende Einblicke in die Forschungslage im allgemeinen und aus unternehmerischer Perspektive gewonnen werden. Insgesamt wurde festgestellt, dass die Innovations- und Forschungslandschaft in Deutschland gut aufgestellt ist. Gleichwohl wurde darauf hingewiesen, dass weiterhin Anstrengungen nötig seien, um die Vernetzung in der Forschungslandschaft zu verbessern und die Innovationskette von der Grundlagenforschung bis zur Anwendung zu stärken.

12. Fachgespräch „Politik und Wissenschaft im Dialog“ zum Thema Verschwörungstheorien

Am 17. Dezember fand die vierte Veranstaltung der fraktionsinternen Reihe "Politik und Wissenschaft im Dialog" digital statt. Die Veranstaltung soll einerseits einen Einblick in aktuelle wissenschaftliche Themen verschaffen und die Möglichkeit zum Gespräch mit Forscherinnen und Forschern bieten. Dabei sollen insbesondere Forschungsbereiche im Mittelpunkt stehen, die aktuell kontrovers diskutiert werden.

Nachdem bei den ersten Veranstaltungen die Forschungsbereiche der Verbrauchwissenschaften, Genomeditierung und Energiewende beleuchtet wurden, ging es diesmal um das Thema „Verschwörungsideologien“. Nicht erst seit den „Anti-Corona-Maßnahmen“-Demos sind Verschwörungserzählungen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Auch über den Klimawandel, den 5G-Ausbau oder Migration gibt es unzählige Verschwörungsmymen. Studien deuten darauf hin, dass sich die Anzahl der Menschen, die an Verschwörungen glauben, in den vergangenen Jahren erhöht hat.

Mit Pia Lamberty (Johannes-Gutenberg-Universität Mainz/Autorin des Buches „Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen“), Prof. Michael Butter (Universität Tübingen, Professor für amerikanische Literatur und Kulturgeschichte) und Jan Rathje (Amadeu-Antonio-Stiftung) konnten wir drei ausgewiesene ExpertInnen für die Diskussion gewinnen. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Fragen, wie der aktuelle Forschungsstand im Bereich Verschwörungsglaube ist, ob Verschwörungsmymen gefährlich sind und wo aus Sicht der ExpertInnen noch Forschungsbedarf besteht. Dabei ging es auch um die politischen Rahmenbedingungen, die in diesem Forschungsbereich benötigt werden.

Einigkeit herrschte aber über die Frage, ob Verschwörungsideologien als gesellschaftliches Phänomen ernst zu nehmen sind. Es bestehe durchaus die Gefahr, dass sich aus einem einfachen Glauben an eine Verschwörung eine radikale Bewegung bilden könne.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>

Die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion



(Foto: Susie Knoll)

Ulrike Bahr, MdB



(Foto: Susie Knoll)

Dr. Karamba Diaby, MdB



(Foto: Susie Knoll)

Dr. Wiebke Esdar, MdB



(Foto: Benno Kraehahn)

Yasmin Fahimi, MdB



(Foto: Benno Kraehahn)

Oliver Kaczmarek, MdB



(Foto: Susie Knoll)

Markus Paschke, MdB



(Foto: Susie Knoll)

René Rösper, MdB



(Foto: Susie Knoll)

Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB



(Foto: Susie Knoll)

Marja-Liisa Völlers, MdB